

# QUARTALSBERICHT

**Projektland: Indien**

**Quartal/Jahr: III/2011**

## SCHLAGZEILEN

1. **Staatsbesuch von Premierminister Dr. Manmohan Singh in Bangladesch**
2. **Hungerstreik gegen Korruption**
3. **Atomenergie in Indien – Bürgerproteste in Südindien**

### 1. Staatsbesuch von Dr. Manmohan Singh in Bangladesch

Seit Mitte der siebziger Jahre ist das Verhältnis Indiens zu seinem Nachbarland Bangladesch angespannt. Hauptgründe hierfür sind einerseits die ehemalige anti-indische Regierung Bangladeschs, andererseits die Verärgerung Indiens über Bangladeschs Duldung gewalttätiger Separatistenbewegungen und islamistischer Terroristen sowie die ungeklärte Frage der gemeinsamen Nutzung zahlreicher, durch beide Länder fließender Gewässer.

Seit dem Sieg der Awami-Liga bei den Parlamentswahlen 2008 in Bangladesch haben sich die zwischenstaatlichen Beziehungen jedoch schrittweise gebessert<sup>1</sup>. In der ersten Januarwoche 2010 begab sich Bangladeschs Premierministerin Sheikh Hasina nach Delhi, um mit Indien fünf bilaterale Verträge zu unterschreiben und den „Indira Gandhi Prize for Peace, Disarmament and Development“ entgegenzunehmen<sup>2</sup>. Ende Juli 2011 flog Sonia Gandhi nach Dhaka, in die Hauptstadt Bangladeschs, um stellvertretend für Indira Gandhi eine Auszeichnung für deren Beitrag zum Befreiungskrieg Bangladeschs im Jahre 1971 entgegenzunehmen<sup>3</sup>. Am 6. September 2011 schließlich stattete der indische Premier Manmohan Singh Dhaka einen zweitägigen Besuch ab<sup>4</sup>. Ziel dieser Reise war die weitere Verbesserung der Beziehungen und der Abschluss zahlreicher bilateraler Verträge.

<sup>1</sup> vgl. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-09/leserartikel-indien-bangladesch>.

<sup>2</sup> <http://hindu.com/fline/fl2703/stories/201200212270305400.htm>.

<sup>3</sup> <http://alpha.news.com/story/sonia-gandhi-visit-bangladesh>.

<sup>4</sup> vgl. <http://www.newkerala.com/news/2011/worldnews-61678.html>; vgl.

<http://indiatoday.intoday.in/gallery/teesta-water-india-bangladesh-manmohan-sheikh-hasina-meet/1/5448.html>.

Bangladesch gehört weltweit zu den Ländern mit den meisten Einwohnern pro Quadratkilometer. Pro Jahr wächst die Bevölkerung um ca. 2,1%. Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von ca. 482 US-Dollar pro Jahr und einer Alphabetisierungsrate von lediglich ca. 65% gehört Bangladesch laut Human Development Index zu den rückständigsten Ländern der Welt. Ca. 75% der Menschen leben in ruralen Gebieten, ungefähr 30% der Bevölkerung leidet an Unterernährung<sup>5</sup>. Aufgrund der humanitären Situation und geographischen Lage ist Bangladesch von den Auswirkungen des Klimawandels besonders betroffen. Forscher prognostizieren für die Zukunft zunehmend Konflikte aufgrund von Wasserknappheit; diese könnten sogar zu einem sogenannten „Wasserkrieg“ führen.

Wichtiger Tagesordnungspunkt bei den bilateralen Gesprächen war dementsprechend der anvisierte Vertragsabschluss über die gemeinsame Nutzung des Tista-Flusses. Dieser entspringt im nordost-indischen Bundesstaat Sikkim, der im südlichen Himalaya zwischen Nepal, China und Bhutan gelegen ist. Von dort aus fließt er zuerst durch den nördlichen Teil West-Bengalens, bevor er nach Bangladesch weiterfließt und dort in den Jamuna bzw. Brahmaputra mündet. Er gilt als „*Lebensader*“ der Reisbauern in der im nördlichen Bangladesch gelegenen Rangpur-Region<sup>6</sup>. Insbesondere am Unterlauf des Tista kommt es in der Trockenzeit immer wieder zu Auseinandersetzungen.<sup>7</sup> Als Reaktion hierauf hat Bangladesch Anfang der 90er Jahre mit dem Bau des sogenannten Dalia-Staudammes, dem größten Bewässerungsprojekt des Landes begonnen, woraufhin Indien den Gazoldoba-Staudamm baute, der das Wasser vor Erreichen Bangladeschs staut. Beide Staudämme nahmen ihren Betrieb 1993 auf.

Gespräche zur Wasserteilung zwischen den Ländern, die seit der Unabhängigkeit Bangladeschs im Jahr 1971 geführt werden, haben bisher keinen Erfolg gehabt. So ist eine bereits im Jahr 1983 getroffene Allokations-Vereinbarung auf ad-hoc Basis nie implementiert worden. Die derzeit diskutierte Aufteilung des Wassers nach einem prozentualen Schlüssel<sup>8</sup> wird von Seiten Bangladeschs als nicht fair angesehen, da das Land dadurch, dass ihm nur ein geringerer Teil des Flusswassers zur Verfügung stünde, gar nicht die Chance hätte, den Großteil seiner am Fluss gelegenen Ländereien durch Irrigation landwirtschaftlich nutzbar zu machen. Auch aus dem Blickwinkel des

---

<sup>5</sup> vgl. [www.bangladesch.ch](http://www.bangladesch.ch); [www.bangladesch.ch/gesellschaft.html](http://www.bangladesch.ch/gesellschaft.html).

<sup>6</sup> vgl. <http://indiatoday.intoday.in/story/teesta-water-sharing-talks-put-off-mamata-banerjee-manmohan/1/150681.html>.

<sup>7</sup> vgl. [http://cseindia.org/challenge\\_balance/lectures/water\\_sharing\\_south\\_asiaHT.pdf](http://cseindia.org/challenge_balance/lectures/water_sharing_south_asiaHT.pdf).

<sup>8</sup> Bangladesch hat vorgeschlagen, 40% des Flusswassers für die Bewässerung der Felder in Indien sowie 40% für die Bewässerung in Bangladesch aufzuwenden. Weitere 20% sollten dem Fluss erhalten bleiben, damit dieser in natürlicher Weise in den Jamuna bzw. Brahmaputra münden könne. Indien dagegen möchte dem Fluss nur 10% des ursprünglichen Wassers erhalten. Diskutiert wurde darüber, Bangladesch ungefähr 30% des Wassers abzugeben, da 85% der landwirtschaftlich genutzten und von der Bewässerung durch das Flusswasser abhängigen Flächen in Indien lägen und nur 15% davon in Bangladesch.

internationalen Rechts ist der Vorschlag Indiens zur Splittung des Flusswassers umstritten.

Nicht die zwischenstaatlichen Streitigkeiten waren schlussendlich für das Scheitern der Vertragsverhandlungen über die Nutzung des Tista-Flusses verantwortlich, sondern innenpolitischer Konflikte in Indien zwischen zentraler und föderaler Ebene: Die Ministerpräsidentin des vom Pakt über die gemeinsame Wassernutzung betroffenen indischen Bundesstaates West-Bengalen, Mamata Banerjee<sup>9</sup>, fühlte sich bei den Verhandlungen über den Prozentsatz der an Bangladesch gehenden Wassermenge übergangen. Daraufhin sagte sie ihre geplante Begleitung des indischen Premiers Manmohan Singh nach Dhaka ab und stimmte einem Vertragsschluss unter diesen, von Neu Delhi vorgeschlagenen Bedingungen, nicht zu<sup>10</sup>. Die indische Verfassung sieht vor, dass alle einen Gliedstaat betreffenden Entscheidungen, die sich nicht auf unter dem Erdboden betreffende Angelegenheiten beziehen, in der alleinigen Entscheidungsbefugnis der lokalen Regierungen liegen. Flüsse zählen damit zum Kompetenzbereich der Gliedstaaten. Die innenpolitische Forderung der Gliedstaaten nach mehr Kompetenzen und einer Umverteilung von Kompetenzen im föderalen System hat neuen Aufwind erhalten.<sup>11</sup> Die Frage nach der Wasserverteilung nimmt in diesem Zusammenhang nur noch eine nachgeordnete Rolle ein, Indien hat als Oberlaufanrainer keine Probleme in dieser Hinsicht. Dahingegen kann das Scheitern des Vertrags für die Bevölkerung Bangladeschs sehr wohl konkrete negative Auswirkungen auf Lebensmittelsicherheit und die Entwicklung der Armut haben.

Der ungeklärte Tista-Pakt eignet sich als Beispiel dafür, wie eine Verschleppung wichtiger Vertragsunterzeichnungen zur gemeinsamen Nutzung von Flusswasser zu einem Konfliktpotential reifen kann, das zu einer Verschlechterung der Beziehungen von Nachbarstaaten führt und im schlimmsten Fall eine Bedrohung der äußeren Sicherheit darstellt. Auch die innere Sicherheit ist gefährdet, wenn verkrustete föderale Strukturen nicht den aktuellen politischen und ökonomischen Gegebenheiten angepasst werden.

## 2. Hungerstreik gegen Korruption

Im April hatte der indische Bürgerrechtler Anna Hazare einen Hungerstreik in Neu Delhi angetreten und erst nach ca. vier Tagen beendet, nachdem die Regierung seiner Forderung nach Ausformulierung eines seit langem diskutierten Anti-Korruptionsgesetzes zugestimmt hatte. Hazare kämpft bereits seit 20 Jahren gegen Korruption, hauptsächlich in Mittelindien, und hat die Menschen in ganz Indien aufgefordert, ihn beim Kampf gegen die Korruption zu unterstützen.

<sup>9</sup> vgl. <http://timesofindia.indiatimes.com/topic/Mamata-Banerjee>.

<sup>10</sup> vgl. <http://indiatoday.intoday.in/story/teesta-water-sharing-talks-put-off-mamata-banerjee-manmohan/1/150681.html>; vgl. <http://indiatoday.intoday.in/story/teesta-fiasco-stresses-need-for-a-new-federalism/1/151914.html>.

<sup>11</sup> vgl. <http://indiatoday.intoday.in/story/teesta-fiasco-stresses-need-for-a-new-federalism/1/151914.html>.

Ein weiterer, zwölftätiger Hungerstreik folgte im August<sup>12</sup>. Am Samstag, 27. August wurde das „Antikorruptionsgesetz“ (Lokpal) in beiden Häusern des Parlaments diskutiert. Eine von Hazare intendierte Abstimmung blieb zwar bisher aus, es wurde aber in kritischen Punkten Einigung erzielt und eine Resolution verabschiedet, die Hazare vom Wissenschaftsminister an den Streikort zugestellt und vorgelesen wurde. Der Hungerstreik wurde daraufhin von Hazare zwar nicht beendet, aber unbefristet unterbrochen.

Derzeit wird die Angelegenheit in einem parlamentarischen Ausschuss (Parliamentarian Standing Committee) diskutiert. Hier werden die Standpunkte von Regierung, Opposition, der Gruppe um Hazare und verschiedener anderer Aktivistengruppen zunächst bewertet. In einem nächsten Schritt wird eine Gesetzesvorlage entwickelt, diese im Kabinett und anschließend im Parlament vorgestellt. Zur Implementierung ist anschließend ggf. noch eine Verfassungsänderung erforderlich.

### 3. Atomenergie in Indien – Bürgerprotest im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu

Indien möchte in einem Drei-Phasen-Prozess zur führenden Nation auf dem Gebiet der Nukleartechnologie aufsteigen und einen geschlossenen Brennstoffkreislauf entwickeln, der sich allein aus einheimischen Ressourcen und Technologien speist. Den Ausgangspunkt bildet dabei die sogenannte indische Druckwassertechnologie. Darauf aufbauend möchte Indien die Technologie des schnellen Brütters perfektionieren, was den Nutzungsfaktor des nuklearen Brennstoffes stark erhöhen würde. In einem dritten Schritt möchte Indien die Verwendung von Thorium als Basis für die Gewinnung von nuklearem Brennstoff kommerziell profitabel machen, verfügt Indien doch über 29% der weltweiten Thoriumvorräte, während seine Uraniumvorräte sich eher gering ausnehmen. Der Anteil atomarer Energie soll von knapp unter 3% (Februar 2011) auf bis zu 35% im Jahre 2050 anwachsen, und schon 2036 will man Kapazitäten von 63.000MWe installiert haben.<sup>13</sup>

Dahingehend hat Indien in den vergangenen Jahren Abkommen zur zivilen Nutzung von Atomenergie mit den USA, Frankreich, Russland<sup>14</sup> und nun auch Südkorea abgeschlossen. Bis zu 34 weitere Reaktoren sind angedacht. Das wohl gigantischste Projekt darunter ist in der Nähe der Stadt Jaitapur im indischen Bundesstaat Maharashtra geplant. Dort sollen in Kooperation mit dem französischen Konzern Areva sechs Reaktoren entstehen, jeder von ihnen mit einer Nennleistung von 1.650 MWe. In Jaitapur befände sich dann der größte Atomkomplex der Welt. In Kudankulam, im Bundesstaat Tamil Nadu, nahe der Südspitze Indiens, werden in Kooperation mit dem russischen Staatskonzern „Atomstroyexport“ derzeit zwei Reaktoranlagen mit geplanten Produktionskapazitäten von je 1.000 MW gebaut<sup>15</sup>. Die Anlage, die

<sup>12</sup> Vgl. hierzu ausführlich unsere dreiteilige Sonderberichtsserie unter <http://www.hss.de/index.php?id=8643>.

<sup>13</sup> Die genannten Zahlen sind mit großer Vorsicht zu genießen, da eine ganze Reihe von zukünftigen Nennleistungen im Umlauf sind, und man sich selbst von offizieller Seite noch auf keine Vorhersagen festgelegt hat. Zudem sind gegenwärtig alle kommerziellen Reaktoren Indiens der ersten Phase des Drei-Phasen-Plans zuzuordnen. Der erste Brüter-Reaktor großen Stils, ein 500MWe Prototyp, befindet sich in Kalpakkam in Tamil Nadu im Bau.

<sup>14</sup> <http://www.greenpeace.org/india/en/What-We-Do/Nuclear-Unsafe/Nuclear-Power-in-India/>.

<sup>15</sup> <http://de.rian.ru/business/20110928/260749664.html>.

Hanns-Seidel-Stiftung, Quartalsbericht, Indien, Quartal 3/2011

ursprünglich September 2011 ans Netz gehen sollte, hat nach Aussagen von Greenpeace derzeit einen Verzug von drei Jahren gegenüber der ursprünglichen Planung<sup>16</sup>. Massive Proteste in der Nähe des Projektgeländes im September 2011, an denen laut India Today über hunderttausend Menschen teilgenommen haben, führten zu weiteren Unterbrechungen. Ob es sich hierbei um den Beginn einer landesweiten Protestbewegung handelt, kann derzeit nur schwer eingeschätzt werden.

Die Regierung beteuert unterdes die Sicherheit der Kraftwerke und schließt Katastrophen wie in Japan kategorisch aus. Diese demonstrative Gelassenheit weckt in der indischen Bevölkerung zunehmend Unbehagen. Der größte Teil der Bevölkerung war bislang der Atomkraft gegenüber gleichgültig bis eher positiv eingestellt, jedoch formiert sich der Widerstand nun allmählich und hat durch die Katastrophe in Japan starken Auftrieb erhalten.

### Anti-Atomkraft Bewegung und die Reaktion der Regierung

Die indischen Behörden reagieren bei Demonstrationen grundsätzlich mit harter Hand: Proteste werden von der Polizei unterdrückt und Demonstranten eingesperrt; wichtige Informationen werden der Bevölkerung entweder vorenthalten, oder erreichen diese erst sehr spät.<sup>17</sup> Seit Ende April 2011 hat sich die Lage weiter zugespitzt, nachdem am 18. April der Aktivist Tabrez Pehekar im Polizeifeuer starb. Die Familie des Opfers wirft der Polizei vorsätzlichen Mord vor. In Folge von Pehekars Tod kam es zu verschiedenen Ausschreitungen. Die Polizei verhängte ein striktes Versammlungsverbot.

Die indische Regierung ist nicht gewillt, die Zivilgesellschaft an Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen, und hält stattdessen unbeirrbar an ihren nuklearen Plänen fest. In der Gesetzgebung spiegelt sich diese Einstellung. Im „Atomic Energy Act“ von 1962 behält es sich die Regierung vor, nach eigenem Ermessen Informationen vor der Öffentlichkeit geheim zu halten. Unter diesem Gesetz lassen sich Anfragen zu allen möglichen Details des Nuklearsektors mit dem Verweis auf die nationale Sicherheit abblocken.

### Dr. Volker Bauer

Der Autor ist Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Neu Delhi, Indien

Nach einer Vorlage von Svenja Huemer, Praktikantin

#### IMPRESSUM

Erstellt: 14.10.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [ijz@hss.de](mailto:ijz@hss.de) | [www.hss.de](http://www.hss.de)

<sup>16</sup> <http://www.greenpeace.org/india/en/What-We-Do/Nuclear-Unsafe/Nuclear-Power-in-India/>.

<sup>17</sup> Auch der „Right to Information Act“ von 2005 findet von offizieller Seite in den meisten das Nuklearprogramm betreffenden Anfragen keine Anwendung.

Hanns-Seidel-Stiftung, Quartalsbericht, Indien, Quartal 3/2011